

ZWEITE WELTKONFERENZ DER PARLAMENTSPRÄSIDENTEN

Hauptsitz der Vereinten Nationen, New York, 7. bis 9. September 2005

Überwindung des Demokratiedefizits in den internationalen Beziehungen: Eine stärkere Rolle für die Parlamente

*Schlussklärung
9. September 2005*

Das Parlament verkörpert die Demokratie. Das Parlament ist die zentrale Institution, durch die der Wille des Volkes zum Ausdruck gebracht wird, Gesetze erlassen werden und die Regierung zur Rechenschaft gezogen wird. Am Vorabend der Tagung auf hoher Ebene der Staats- und Regierungschefs sind wir, die Präsidenten der Parlamente der Welt, am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York zusammengetreten. Wir sind zusammengekommen, um die Ansichten der Volksvertreter in den Parlamenten zum Ausdruck zu bringen, Bestand aufzunehmen über die von den Parlamenten seit unserer ersten Konferenz im Jahre 2000 durchgeführten Aktionen, sowie zu prüfen, wie wir stärkere Unterstützung für die internationale Zusammenarbeit und die Vereinten Nationen leisten können und somit dazu beitragen können, das Demokratiedefizit in den internationalen Beziehungen zu überwinden.

Mit der Verabschiedung der vorliegenden Erklärung gedenken wir der dringenden Notwendigkeit für die Weltgemeinschaft, bei der Bewältigung der erschreckenden Herausforderungen, vor denen sie steht, zusammenzuarbeiten. Wir glauben, dass die Welt an einen Scheideweg gelangt ist und dass die Weltgemeinschaft nicht die Gelegenheit versäumen darf, drastische Maßnahmen zu ergreifen. Während die Auffassungen, welches die stärksten Bedrohungen sind, auseinander gehen mögen, werden diese nur dann wirksam in Angriff genommen werden, wenn sie gemeinsam und innerhalb des Systems der Vereinten Nationen angegangen werden. Wir bekräftigen erneut den Willen der nationalen Parlamente, sich von ganzem Herzen an dieser Anstrengung zu beteiligen.

Internationale Zusammenarbeit

Wir sind überzeugt, dass die Vereinten Nationen der Grundpfeiler der weltweiten Zusammenarbeit bleiben müssen. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen sollte daher ermutigt werden, den gegenwärtigen Reformprozess energisch fortzusetzen. Wir loben ihn für sein umfassendes Paket wertvoller Reformvorschläge, die in seinem Bericht *In größerer Freiheit: Auf dem Weg zu Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechten für alle (A/59/2005)* dargelegt sind. Wir rufen alle Parlamente nachdrücklich dazu auf, diese Vorschläge zu diskutieren und sich mit ihren jeweiligen Regierungen zu verpflichten, den Schwung für Maßnahmen zu schaffen ausgehend von dem klaren Verständnis, dass Demokratie, Sicherheit, Entwicklung und Menschenrechte untrennbar miteinander verbunden sind.

Es besteht in der Tat eine dringende Notwendigkeit für die Mitgliedstaaten einschließlich ihrer nationalen Parlamente, Führung und politischen Willen zu demonstrieren, um die Organisation mit effizienteren Mechanismen und angemessenen Human- und Finanzressourcen auf allen Gebieten auszustatten. Die Vereinten Nationen so auszustatten, dass sie wirtschaftliche und soziale Entwicklungsprobleme angemessener angehen können,

ist eine solche Aufgabe. Zur Verringerung der Armut und Gewährleistung der nachhaltigen Entwicklung benötigen die Länder Foren, in denen sie gleichzeitig über verschiedene Sektoren verhandeln können, darunter Auslandshilfe, Technologie, Handel, Umweltschutz, Finanzstabilität und Entwicklungspolitik.

Der Bericht *In die Entwicklung investieren: Ein praktischer Plan zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele* argumentiert, dass Entwicklung für viele Nationen erreichbar ist und gibt ausführliche Beispiele für Maßnahmen, die die Länder einzeln und kollektiv ergreifen können, um der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele näher zu rücken. Entwicklung muss auch weiterhin ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Wir sind entschlossen, die notwendige politische Unterstützung für einen Wandel und für Maßnahmen aufzubauen. Die Staaten müssen die bereits eingegangenen Verpflichtungen erfüllen, um gemäß dem Konsens von Monterrey und der Millenniums-Erklärung Entwicklungshilfe zu leisten. Wir begrüßen die Diskussion über neue und innovative Formen für die Entwicklungsfinanzierung, von denen wir hoffen, dass durch sie dringend benötigte zusätzliche Ressourcen bereitgestellt werden.

Globale Sicherheitsfragen sollten bei den Vereinten Nationen ebenfalls energischer angegangen werden. Atomwaffenstaaten sollten ihren Verpflichtungen zur nuklearen Abrüstung nachkommen, und die Staaten müssen neue Anstrengungen in allen Bereichen der Nichtverbreitung und Waffenkontrolle übernehmen. Die von den Vereinten Nationen und ihren Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus sind ermutigend, es kann jedoch noch viel mehr getan werden, auch durch den Abschluss eines umfassenden Übereinkommens über Terrorismus und die Vereinbarung einer international anerkannten Definition des Terrorismus, welche alle Maßnahmen einschließt, mit denen beabsichtigt wird, den Tod oder schwerwiegende Körperverletzungen von Zivilisten oder Nicht-Kombattanten zu welchem Zweck auch immer herbeizuführen.

Wir bekräftigen, dass die Förderung und der Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle, insbesondere für Frauen und Kinder, von entscheidender Bedeutung für Entwicklung, Frieden und Sicherheit sind. Wir betonen auch, dass gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene wesentlich für die nachhaltige Entwicklung und den Weltfrieden sind. Wir rufen die Vereinten Nationen auf, alle drei Dimensionen umfassender in ihre Arbeit zu integrieren, und wir fordern die Mitgliedstaaten nachdrücklich dazu auf, zu diesem Zweck energische Maßnahmen zu ergreifen.

Die Parlamente und die Vereinten Nationen

Wir bekräftigen die Erklärung der ersten Parlamentspräsidentenkonferenz (2000), in der wir alle Parlamente und ihre Weltorganisation – die Interparlamentarische Union (IPU) – aufriefen, eine parlamentarische Dimension für die internationale Zusammenarbeit bereitzustellen. Wir begrüßen die Fortschritte, die von vielen Parlamenten bei der Erreichung dieses Ziels erlangt wurden, wie durch den *IPU-Bericht über die parlamentarische Beteiligung an internationalen Angelegenheiten* belegt wurde. Gleichzeitig erkennen wir an, dass noch vieles getan werden muss.

Wir begrüßen den Beschluss der Vereinten Nationen, der IPU Beobachterstatus zu gewähren. Dies ist ein erster Schritt, der der Organisation Kanäle öffnet, über die sie die Ansichten der parlamentarischen Gemeinschaft den Vereinten Nationen übermitteln kann. Die Zeit ist reif für eine strategische Partnerschaft zwischen beiden Institutionen. Wir würden eine substantiellere Wechselwirkung und Koordinierung mit den Vereinten Nationen sehr begrüßen und rufen die Weltorganisation dazu auf, häufiger auf die politische und fachliche Erfahrung zurückzugreifen, die die IPU gemeinsam mit ihren Mitgliedsparlamenten bereitstellen kann, insbesondere in Bereichen im Zusammenhang mit dem Institutionsaufbau nach einem Konflikt.

Wir betonen, dass die Parlamente nicht nur durch die interparlamentarische Zusammenarbeit und Kooperation und die parlamentarische Diplomatie auf dem Gebiet der internationalen Angelegenheiten aktiv sein müssen, sondern auch, indem sie zu internationalen Verhandlungen beitragen und diese überwachen, die Durchsetzung der von den Regierungen beschlossenen Maßnahmen beaufsichtigen und die nationale Einhaltung der internationalen Normen und der Rechtsstaatlichkeit gewährleisten. In gleicher Weise müssen die Parlamente aufmerksamer bei der Prüfung der Aktivitäten internationaler Organisationen sein und einen Beitrag zu ihren Beratungen leisten.

Wir begrüßen daher die gegenwärtige Debatte darüber, wie eine sinnvollere und strukturiertere Wechselwirkung zwischen den Vereinten Nationen und den nationalen Parlamenten am besten hergestellt werden könnte. Wir bekräftigen die in unserer Erklärung aus dem Jahr 2000 enthaltenen Empfehlungen zu diesem Thema und erklären, dass ein Großteil dieser Wechselwirkung fest verankert in der täglichen Arbeit unserer nationalen Parlamente sein muss. Auf internationaler Ebene schlagen wir vor, noch enger mit der IPU zusammenzuarbeiten, die wir als ein einzigartiges globales parlamentarisches Gegenstück zu den Vereinten Nationen erachten.

Wir ermutigen die IPU zu diesem Zweck sicherzustellen, dass die nationalen Parlamente besser über die Aktivitäten der Vereinten Nationen informiert werden. Außerdem laden wir die IPU ein, bei der Behandlung spezieller Fragen, die eine internationale Zusammenarbeit erfordern, häufiger von der Erfahrung der Mitglieder der ständigen und der Sonderausschüsse der nationalen Parlamente Gebrauch zu machen. Wir ermutigen die IPU ebenfalls, parlamentarische Anhörungen und Sondersitzungen bei den Vereinten Nationen weiter zu entwickeln und enger mit offiziellen regionalen parlamentarischen Versammlungen und Organisationen zusammenzuarbeiten mit dem Ziel, die Kohärenz und Effizienz bei der weltweiten und interregionalen parlamentarischen Zusammenarbeit zu verbessern.

Die IPU ist das primäre Instrument zur Stärkung der Parlamente weltweit und somit zur Förderung der Demokratie, und wir verpflichten uns, sie weiter zu konsolidieren. Wir begrüßen den Bericht der IPU über *den Beitrag der Parlamente zur Demokratie*. Wir beabsichtigen, den Menschenrechtsmechanismus der IPU zu stärken, so dass die 40.000 Parlamentarier der Welt der Arbeit, für die sie gewählt wurden, in größerer Freiheit und Sicherheit nachkommen können. Wir werden auch die Anstrengungen der IPU weiterhin unterstützen, dafür zu sorgen, dass beide Geschlechter auf gerechtere Art und Weise in den Reihen der Parlamentarier vertreten sind, und Maßnahmen ergreifen, wo es erforderlich ist.

Auf alle diese Weisen werden wir die Fähigkeit unserer Parlamente erhöhen, ihren Einfluss auf die Arbeit der Vereinten Nationen zum Tragen zu bringen, die Transparenz und Verantwortlichkeit dieser Weltorganisation zu verbessern und somit einen Impuls für die im Gang befindlichen Reformen bei den Vereinten Nationen zu geben.

Weiterverfolgung und Umsetzung

Wir beschließen, die vorliegende Erklärung unseren Parlament zu übermitteln und fordern sie nachdrücklich auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um sicherzustellen, dass sie effektiv weiterverfolgt wird. Wir ermutigen alle Parlamente, ungefähr jedes Jahr zur gleichen Zeit einen „internationalen Tag der Parlamente“ zu veranstalten und eine parlamentarische Debatte über eine der in dieser Erklärung enthaltenen Empfehlungen zu führen. Wir ersuchen die IPU, die vorliegende Erklärung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen und an den Präsidenten der Generalversammlung der Vereinten Nationen weiterzuleiten mit der Bitte, sie als ein offizielles Dokument der Vereinten Nationen in Umlauf zu bringen. Wir beschließen ebenfalls, weitere Tagungen der Parlamentspräsidenten einzuberufen, um die Fortschritte bei der Umsetzung der

vorliegenden Erklärung zu überprüfen und die IPU zu ersuchen, die notwendigen Vorbereitungen in enger Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen zu treffen.